

Zukunft durch Nachhaltigkeit



Initiative Beschlüsse

des 39. NRW-Tages der Jungen Union

am 18. und 19. November 2006 in Oelde

JU

JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN

1. Keine Doppelten Abstriche für BenQ Mitarbeiter

Die Junge Union NRW fordert die verantwortlichen Gremien in Bund und Land auf die Ausweitung des Berechnungszeitraums für die Höhe des Arbeitslosengeldes 1 über die letzten 12 Monate hinaus anzustreben. Dies soll insbesondere im Insolvenzfall bei vorgelagerten freiwilligem Lohnverzicht seitens der Belegschaft gelten.

Wie man am aktuellen Fall der Insolvenz von "BenQ Mobile" sehen kann, ist es möglich, dass Arbeitnehmer im Falle einer Firmeninsolvenz doppelt Abstriche hinnehmen müssen. Stimmen sie einem Lohnverzicht zur Rettung des Unternehmens zu, so wird der verringerte Betrag für die Dauer der Zahlung für die Berechnung des Arbeitslosengelds 1 im Falle des endgültigen "Aus" für das Unternehmen zu Grunde gelegt. Das führt zu entsprechend verringerten Beträgen. Um das persönliche und hier speziell auch finanzielle Engagement der Arbeitnehmer für ihre Firma nicht noch zusätzlich zu bestrafen, sollte für das auszuzahlende ALG das ursprüngliche Tarifgehalt bzw. ein angemessener Wert zwischen alten und verringertem Gehalt zu Grunde gelegt werden

2. Ökonomischen Unsinn auf Kosten der Steuerzahler beenden: Kein Neubau eines Verkehrsflughafens „Kassel/Calden“

Das Bundesland Hessen plant, neben dem existierenden Verkehrslandeplatz in Calden bei Kassel einen neuen regionalen Verkehrsflughafen mit einer Jahreskapazität von rund einer Millionen Fluggästen zu bauen. In der Öffentlichkeit wird dieses Vorhaben als Ausbau vorhandener Flugplatzinfrastruktur im Rahmen der Entwicklung Transeuropäischer Netze in der EU kommuniziert, wodurch die wahre Bauabsicht nicht nur gegenüber der Bevölkerung, sondern auch gegenüber der Europäischen Kommission verschleiert wird. Ein geplanter Quartärflughafen Kassel-Calden läge mit 60 Kilometern Entfernung direkt im Kerneinzugsgebiet des Regionalflughafens Paderborn-Lippstadt. Der Ostwestfälische Flughafen kann seit über Jahren einen stetig positiven Verlauf der Fluggastzahlen aufweisen, sodass er mit knapp 1,4 Millionen Passagieren pro Jahr die notwendige Break-Even-Menge erreicht, um betriebswirtschaftlich erfolgreich dazustehen: der Flughafen Paderborn-Lippstadt schreibt seit Jahren schwarze Zahlen.

Demgegenüber müsste für den Neubau in Nordhessen ein dreistelliger Millionenbetrag in die Hand genommen werden. Als Investitionsvolumen wird von der Hessischen Landesregierung ein Betrag von 150 Millionen Euro genannt, der „Bund der Steuerzahler“ schätzt jedoch einen Kapitalbedarf von bis zu 250 Millionen Euro. Ein Großteil dieses Betrages, genauer 108 Millionen Euro, sollen über Steuergelder des Landeshaushalts finanziert werden. Darüber hinaus versucht die Landesregierung, wie bereits in der Vergangenheit auch, den Flughafenneubau mit Struktur Fördermitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) zu subventionieren.

Die Junge Union Nordrhein-Westfalens wendet sich daher entschieden gegen den beabsichtigten Neubau des Verkehrsflughafens Kassel/Calden und fordert die Hessische Landesregierung nachdrücklich auf:

1. die wahre Dimension dieser Fehlentscheidung zu erkennen,
2. politische und ökonomische Vernunft walten zu lassen, darüber hinaus
3. offen zu legen, in welcher Höhe in der laufenden Förderperiode 2000 bis 2006 indirekt Strukturfördermittel für die Ziel-2-Region aus dem EFRE in die Infrastrukturbegleitenden Bauvorhaben¹ am Flugplatz Calden geflossen sind und
4. in der kommenden Förderperiode 2007 bis 2013 keine EU-Finanzmittel auf indirekten Wege als begleitende Maßnahmen² zu verwenden.

Die Junge Union in Nordrhein-Westfalen weist die Europäische Kommission und die Bundesregierung darauf hin, dass mit Kassel-Calden für EU-Strukturförderprogramme keine der Voraussetzungen und Ziele zugrunde liegender Richtlinien und Verordnungen erfüllt sind.

Daher fordern wir die Europäische Kommission und die Bundesregierung auf, keine weiteren Finanzmittel direkt für den Neubau des Flughafens zu gewähren. Des Weiteren muss die Luftverkehrsinfrastrukturpolitik besser im Rahmen der Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes und des Bundesverkehrswegeplanes koordiniert werden.

Begründung der Jungen Union: Ein zu Paderborn-Lippstadt vergleichbarer Regionalflughafen in sechs Flugminuten Entfernung würde Nachfrage am Flughafen in Paderborn kannibalisieren und unmittelbar die wirtschaftlichen Erfolg gefährden. Ein möglicher Regionalflughafen bei Kassel in unmittelbarer Nähe zum Regionalflughafen Paderborn/Lippstadt wäre

- nicht am Nachfragebedarf in der Region orientiert,
- nicht marktwirtschaftlich nutzbar,
- für Fluggesellschaften weder attraktiv noch nötig,
- infrastruktur- und verkehrspolitisch unsinnig,
- nur durch langjährige, massive Subventionen haltbar.

Angesichts dessen ist die Ausbauplanung weder mit der finanzpolitischen Sorgfaltspflicht, noch mit wirtschaftlicher Rationalität vereinbar. Die Planungen der Landesregierung Hessens sind somit in höchstem Maße unverantwortlich und lassen auf kurzfristige Prestigepolitik schließen.

¹ darunter fallen u. a. Investitionen in die Flächenerschließung des Flughafens selber und Erwerb sowie Erschließung von Gewerbeflächen am Flughafen.

² in Form von Straßenanbindung und intermodulare Vernetzung des Flughafens mit dem ÖPNV